

Nr. XIX. GP-NR
1227 /J
1995-06-01

Anfrage

der Abg. Wenitsch, Aumayr, Ing. Murer
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend ergänzendes EU-Schutzzertifikat für Pflanzenschutzmittel

Die EU-Kommission legte dem Europäischen Parlament einen Verordnungsvorschlag über die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Pflanzenschutzmittel vor.

Demnach hätten die Landwirte in der EU bis zu fünf Jahre einen um ca. 25 % höheren Preis für die Pflanzenschutzmittel mit Schutzzertifikat zu bezahlen. Begründet wird diese Maßnahme mit dem hohen Forschungsaufwand der Pflanzenschutzmittelindustrie. Der Zertifikatsschutz soll noch dazu rückwirkend mit 1.1.1985 eingeführt werden, was zu einem krassen Unrecht gegenüber den Bauern in den neuen Beitrittsstaaten führen würde. Außerdem scheint die Kommission die daraus entstehenden Belastungen der EU-Bauern mit insgesamt 18 Mio ECU kraß zu unterschätzen.

Die österreichischen EU-Befürworter haben u.a. das Argument der in der EU angeblich billigeren Betriebsmittel ins Treffen geführt, um Österreichs Bauern den Beitritt schmackhaft zu machen.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehende

Anfrage :

1. Seit wann ist Ihrem Ressort bekannt, daß die EU-Kommission die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Pflanzenschutzmittel und somit eine Verteuerung dieser Waren für die Bauern plant ?
2. Wurde in Ihrem Ressort berechnet, welche zusätzliche Belastung Österreichs Bauern durch diese 25%ige Preiserhöhung für Pflanzenschutzmittel entstehen wird ?
3. Welche Haltung haben Sie in den EU-Gremien hinsichtlich dieser zusätzlichen Belastung der österreichischen Bauern eingenommen ?
4. Was werden Sie insbesondere hinsichtlich der rückwirkenden Einführung dieser Maßnahme unternehmen, wodurch die Bauern in neuen Beitrittsstaaten zusätzlich benachteiligt werden ?
5. Welche innerösterreichischen Kompensationsmaßnahmen sind vorgesehen, falls diese EU-Verordnung zugunsten der Chemielobby zustandekommt, damit Österreichs Bauern doch noch zu den versprochenen billigeren Betriebsmitteln kommen ?